

Erscheint
vierzehntägig
10 Nummern S 1.—
Deutschland M 1.—
(inkl. Postzustellung)
Österr. Postsparkassen-
Konto Nr. 119.471

Arbeiter-Stimme

Redakt.: Wien, XVIII.,
Vinzenzgasse 24, Tel.
20-2-69. — Admini-
stration: Wien, XVII.,
Sautergasse Nr. 26/10,
Telephon Nr. 86-8-23

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs
(Opposition)

Wien, Ende Jänner 1928

Nr. 25

Verteidigt den Mieterschutz!

Vertraut nicht auf das Parlament! Vertraut nicht auf die sozialdem. Führer!

In wenigen Tagen wird die Regierung die Änderung des Mietengesetzes dem Parlament vorlegen. Sie wird für

Wien den zweitausendfachen, in der Provinz den dreitausendfachen Friedenszins festsetzen.

Aber dieses Attentat ist nur der erste Schrottschuß, dem wenige Monate später die schweren Geschosse folgen sollen.

Gelingt es dem Bürgerblock auch nur den ersten Schlag gegen den Mieterschutz erfolgreich zu führen, so wird noch im Verlauf dieses Jahres eine ununterbrochene Mietzinssteigerung einsetzen, die nach dem Plan der Hausherrn, bis zum 1. Jänner 1929 den sechstausendfachen Friedenszins erreichen soll.

Und dieses Attentat wird gerade jetzt unternommen, wo der Realwert der Löhne infolge der Teuerung sich einem noch nie dagewesenen Tiefstand nähert, wo die Arbeitslosigkeit sprunghaft steigt.

Den Mieterschutz zu verteidigen, das ist eine der entscheidenden Aufgaben der Arbeiterklasse im gegenwärtigen Zeitpunkt.

Die Arbeiterschaft muß sich aber darüber klar werden, daß dieser Kampf im Parlament allein heute weniger denn je zuvor Erfolge bringen kann.

Die Entscheidungen fallen jetzt, nach dem 15. Juli, nicht mehr im Parlament.

Mit höhnischer Ruhe hören die Abgeordneten des Bürgerblocks die langatmigen Reden der SP-Abgeordneten. Sie schweigen zu allen Anklagen, neh-

men mit automatischer Selbstverständlichkeit die Regierungsvorschläge an und überlassen die SP-Abgeordneten der Verzweiflung über das »undemokratische Verfahren« der Seipelregierung.

Das Parlament ist heute bis zur vollständigen Einflußlosigkeit herabgesunken!

Die Bourgeoisie wünscht nicht, daß durch große parlamentarische Auseinandersetzungen die arbeitenden Massen

Einblick in die Korruption

bekommen und aufgewühlt werden.

In einer derartigen Situation sind die die Wort-Bombardements der SP-Abgeordneten, die sie zur Verteidigung des Mieterschutzes vorbereiten, nicht nur zwecklos, sondern gefährlich, weil sie berechnet sind, die Massen vom unmittelbaren Kampf abzuhalten.

Die sozialdemokratischen Führer wollen keinen Kampf, sie wollen sich ruhig überstimmen lassen!

Sie wagen nicht einmal Versammlungen einzuberufen, wie 1925—26 als sie vorgaben, das Anforderungsgesetz zu verteidigen.

Vertraut nicht auf parlamentarische Reden!

Vertraut nicht auf die SP-Führer!

Fordert in allen proletarischen Massen-

organisationen, vor allem in der Mieterorganisation, Kampfmaßnahmen!

Rüstet zu entscheidenden Kämpfen!

Lenin.

Vier Jahre sind seit jenem Tag vergangen, an dem die internationale Arbeiterklasse die furchtbare Kunde erhielt: Lenin ist tot...

Mit seinem Tod verlor das Proletariat den größten und genialsten Führer, den es seit Karl Marx besaß.

Manche wohlwollenden bürgerlichen Kritiker haben gegenüber Lenin eingewandt: »Lenin selbst hebt durch seine gigantische Größe die materialistische Geschichtsauffassung auf, die lehrt, daß der Verlauf der Geschichte nicht durch große Männer bestimmt wird, sondern durch Klassenkämpfe.«

Diese Auffassung der bürgerlichen Geschichtsauffassung über Lenin ist falsch. Die überragende Größe Lenins konnte sich nur entfalten unter den weitest-schichtlichen Bedingungen, unter denen er lebte, der Epoche der sozialen Revolution. So entwickelte auch das Bürgertum am Vorabend seines Sieges, seine größten Persönlichkeiten. Die englische bürgerliche Revolution (1640) schuf ihren Cromwell und nicht umgekehrt. Die französische bürgerliche Revolution 1789 bis 1793 schuf ihren Marat, Danton, Robespierre, die Heroen der Tat, denen die geistigen Vorkämpfer, Rousseau und Voltaire vorausgegangen waren. Am Beginn der Entfaltung der deutschen Bourgeoisie stehen ihre großen Dichter, Lessing, Schiller und Goethe, ihre Philosophen Kant, Fichte, Hegel und Feuerbach. Heute, in der Zersetzungs- und Auflösungsperiode der Bourgeoisie, am Vorabend der proletarischen Revolution, besitzt das Bürgertum nur mehr die hochentwickelten Mittel der Gewalt: Tanks, Giftgas, Bombenflugzeuge.

Wie Rousseau und Voltaire als geistige Heroen die große französische Revolution ankündigten, so erwachsen an der Schwelle eines unvergleichlich großartigen geschichtlichen Geschehens, im Morgendämmern der kommunistischen Revolution, dem Proletariat in Karl Marx und Friedrich Engels zwei Titanen des Geistes, denen der Titan der Tat folgte: Wladimir Iljitsch Lenin.

Nicht zufällig war es, daß gerade die russische Arbeiterbewegung einen Lenin schuf. Denn durch seine ganze Entwicklung im 19. Jahrhundert mußte es gerade Rußland sein, das Land, in dem die Bourgeoisie am unentwickeltsten war, wo die Grundfrage der bürgerlichen Revolution, die Agrarfrage, noch vollständig ungelöst war, wo der Sieg des Proletariats am ehesten errungen werden konnte. Die Bauernrevolution unter Führung des Proletariats durchzuführen, den Kapitalismus zu stürzen, den bürgerlichen Staat zu zerschmettern, die proletarische Diktatur in einem Bauernland aufzurichten, diese ungeheure Aufgabe hatte die Geschichte dem russischen Proletariat gestellt. Angesichts dieser Aufgabe mußte die russische Arbeiterklasse ihre Klassenenergie, in geistiger und physischer Beziehung, unerhört entwickeln. Ihr Gipfel, die höchste Blüte ihrer Entfaltung, das war Lenin, der geniale Theoretiker, der Massenagitator, der es wie kein anderer verstand, in der einfachen Sprache des Arbeiters die größten Fragen der Wissenschaft des Klassenkampfes zu behandeln, der kühne, unermüdete Organisator, der Stratege des Aufstands, der größte Revolutionär der Geschichte. Lenin lehrte uns hinter allen Masken den bürgerlichen Charakter des Opportunismus zu erkennen. Sein Lebenswerk begann mit dem schärfsten Kampf gegen die Verbürgerlichung des Sozialismus, gegen die Verfälschung des Marxismus. Das Erbe, das er uns hinterließ, das war die Sowjetmacht auf einem Sechstel der Erdkugel, die weltumspannende kommunistische Internationale, das Zentrum der Weltrevolution.

Vier Jahre sind seit dem düstern Tag, der uns den Tod Lenins brachte, vergangen. Welche furchtbare Verheerungen haben die kleinen Epigonen (Nachfolger) angerichtet! Alle kleinbürgerlichen Elemente, die sich in die Partei der Revolution einmischen mußten, weil sie von außen her keine Hoffnung auf Untergrabung der proletarischen Diktatur hatten, alle schwankenden Gestalten, die ganze politisch unzuverlässige Meute, die Lenins Faust in die Knie zwang, verschwor sich nun gegen die Leninsche Politik. In vier Jahren zähester, fraktioneller Arbeit erreichten sie es, die Partei des Bolschewismus zu zerschlagen, die alte Garde Lenins, Trotzky, Rakowsky, Smilga, Radek, Smirnow, Pjatakow, Murawow usw. nach Sibirien zu deportieren und die oppositionellen Arbeiter einzukernern. Der »Sieg« des Parteibürokratismus über die Arbeiterelite in der Partei aber spiegelt nur

Eine Million Menschen von der Arbeitslosigkeit betroffen!

Seipel schenkt den Spekulanten 533 Milliarden!

300.000 Proleten sind gegenwärtig in Oesterreich arbeitslos. Mit ihren Familien sind das ungefähr eine Million Menschen,

die langsam verhungern, im Elend verkommen. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit eine Folge der Krise des Kapitalismus ist, daß sie, solange es noch eine kapitalistische Gesellschaft gibt, in Oesterreich nicht verschwinden wird.

Aber die gegenwärtige Höhe der Arbeitslosenziffer ist ein Produkt der schändlichen Korruptionswirtschaft der Seipelregierung, sie ist eine Folge der absoluten Passivität der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsführer.

Diese halbfaschistische Regierung, die durch das Blutmeer des 15. Juli gewatet ist, hat kein Geld für Investitionen, sie hat auch kein Geld für eine Altersversicherung, durch die mindestens 60.000 alte Arbeiter jungen Arbeitern in den Betrieben Platz machen könnten.

Diese Regierung hat, außer für die Festungsanlagen und die Artillerie des Herrn Schober, nur Geld für die niederträchtigsten Spekulanten.

Mit eisiger Kühle läßt sie sich von ihren Parteien 533 Milliarden aus Steuergeldern für die Postsparkasse zuweisen,

um mit diese ungeheuren Betrag die Verluste, die die Postsparkasse bei ihren Bosel-Spekulationen erlitt, zu bezahlen. Mit dankenswerter Offenherzigkeit zerreißt die Regierung damit die Illusionen der Arbeiterschaft, denen die SP-Führer immer und immer wieder einreden

»das arme Österreich habe kein Geld«

Hat die Regierung, die 30.000 ausgesteuerte Arbeitslose, mit ihren Angehörigen

100.000 Menschen

dem Hungertod preisgibt, nur Geld für die Spekulanten, so haben es die Herren von der Industrie, die jede Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die »Krise« und »Verlustgeschäfte« schroff ablehnen für den

ausschweifendsten Luxus bei der Opernredoute

Da bedurfte es 50 Wagenladungen köstlicher Früchte und exotischer Blumen! Da versammelten sich die

Viertausend der guten Gesellschaft,

die Damen überladen mit Juwelen, eingehüllt in die gleißende Pracht der modernen Lamé- und Brokat-Toiletten. Ein Meter des schimmernden Brokatsstoffes, wie er für tausende der Opernredoute-Toiletten verwendet wird, kostet bei Herzmannsky

3.500.000 Kronen

Wohlgemerkt ein einziger Meter!

Viele Dutzende Milliarden kostete diese Opernredoute!

Man sieht, es ist noch genug Geld in Oesterreich vorhanden! Aber die Taktik der SP — an das »Herz der Bourgeoisie« zu appellieren, wird diese brutale Herrenklasse nicht zu bewegen.

Nur der entschlossene, revolutionäre Kampf gegen die Bourgeoisie, der gemeinsame Kampf der Betriebsarbeiter und Arbeitslosen wird erfolgreich sein!

Für höhere Löhne, für die Auszahlung der Unterstützung an alle Arbeitslose während der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit, für die 30-prozentige Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung gilt es unmittelbar zu kämpfen.

wider den vorläufigen Sieg der Staatsbürokratie im Sowjetsystem, den erfolgreichen Vorstoß der kapitalistischen Elemente gegen das Proletariat und gegen die Landarmut. Stalin, geistig unvergleichlich näher Otto Bauer als Lenin, geht den Weg des etappenweisen Staatsstreiches, der schließlich mit dem Triumph der kleinbürgerlichen Demokratie bei formaler Beibehaltung des Sowjetsystems enden muß — wenn sich die Geschichte nach Stalins Programm entwickelt. Der Terror gegen den Kommunismus in den Stalin organisierten, Sibirien, Kerker, Strang und Kugel, vermögen manches. Den Klassenkampf aufzugeben vermögen sie nicht. Die Wirtschaftskrise, die heraufzieht, die heraufziehen muß, als Ergebnis einer falschen, kleinbürgerlichen Wirtschaftspolitik, zu bannen, vermögen die Deportationen nicht.

Die Erben Lenins, die unversöhnlichen Klassenkämpfer, die wahren Kommunisten, lassen sich nicht beirren. Sie sehen das Heranreifen des proletarisch-kleinbäuerlichen Widerstandes gegen die Gesamtpolitik des antiproletarischen Stalinismus in Sowjetrußland. Sie sehen das Erwachen der arbeitenden Massen in Europa, sie sehen die Widersprüche im Kapitalismus, die heranreifende unmittelbare Krise, die wahrscheinlich in einem neuen Krieg zum Ausbruch der proletarischen Revolution führen wird.

Sie sehen all dies und als Schüler Lenins stehen sie an der Spitze des Klassenkampfes, das Banner Lenins in Händen, im felsenfesten Bewußtsein ihres Sieges. —

Heraus zur Lenin-Gedächtniskundgebung

Sonntag, den 22. Jänner 9 Uhr vormittags, Hernalser Brauhaus, Ecke Gebier- und Frauengasse.

Redner: Gen. Kurt Landau, Josef Frey, Karl Daniel.

An unsere Leser!

Seit 1. Dezember ist die »Arbeiter-Stimme« wöchentlich erschienen. Nach sechs Wochen sind wir nun gezwungen, die »Arbeiter-Stimme« wieder vierzehntägig erscheinen zu lassen. Wie ihr wißt, ist unsere Zeitung einzig und allein auf die Opferwilligkeit und die hingebungsvolle Arbeit der oppositionellen Kommunisten angewiesen. Subventionen, wie sie der »Roten Fahne« in überreichem Maße zur Verfügung stehen, besitzen wir nicht.

Die Herausgabe des Wochenblattes hat allzu große Anforderungen an uns in organisatorischer und finanzieller Hinsicht gestellt.

Organisatorisch: Da mehr als 90 Prozent unserer Zeitung durch unsere Genossen vertrieben werden, wurden fast alle aktiven Genossen der übrigen Parteiarbeit entzogen. Die Kolportage der Zeitung drohte die politische und organisatorische Tätigkeit der Bezirksorganisationen lahmzulegen.

Finanziell: Da die »Arbeiter-Stimme« nur einen kleinen Umfang besitzt, da sie das Organ der revolutionären Arbeiterklasse ist, kann sie unter den gegenwärtigen Verhältnissen rapid steigender Arbeitslosigkeit den Preis nicht erhöhen. Eine Preiserhöhung würde es vielen hunderten Arbeitern und Arbeitslosen, die zu unseren treuesten Lesern gehören, schwer machen, die »Arbeiter-Stimme« zu kaufen. So arbeitete denn das Wochenblatt beim Preise von 10 Groschen mit einem für uns unerträglichen Defizit, obgleich sämtliche Arbeit, redaktionell sowie administrativ, unentgeltlich von Genossen geleistet wird, die alle ausnahmslos, arbeitslos sind.

Vor die Entscheidung gestellt, den Preis der Zeitung zu erhöhen oder das Blatt vierzehntägig erscheinen zu lassen, haben wir uns für den letzteren Weg entschieden.

Aber heißt dies, daß wir für absehbare Zeit auf das Wochenblatt verzichten müssen?

Keineswegs! Geungt es uns, den gegenwärtigen Absatz um 2—3000 zu erhöhen, dann wird es uns möglich sein, das Wochenblatt zum Preise von zehn Groschen wieder herauszugeben.

Auf diese Absatzsteigerung heißt es sich jetzt zu konzentrieren!

Die Periode, in der unser Blatt wieder vierzehntägig erscheint, muß von den Bezirken ausgenützt werden, für den Ausbau der Organisationen, für die Aktivierung der breiten Mitgliedschaft, für die Werbung von Abonnenten und neuen Mitgliedern.

Parteigenossen! Alle Kräfte angespannt, die Atempause ausgenützt!

Sympatisierende Genossen! Werbet Abonnenen für die »Arbeiter-Stimme«, sammelt Preßfond!

Wir haben einen Rückzug angetreten, als wir das Wochenblatt aufgeben mußten. Jetzt heißt es bessere, breitere Fundamente anzulegen, die es gestatten werden, das Wochenblatt in einiger Zeit gesichert erscheinen zu lassen!

Die Administration und Redaktion.

Am Vorabend eines neuen Weltkrieges.

Die inneren Widersprüche im europäischen Kapitalismus verschärfen sich zusehends. Mit allen Mitteln, von der Nutzbarmachung der modernen Technik bis zur offenen Gewalt, versucht das Kapital die Produktion zu steigern. Rationalisierung, Fließbandarbeit, Arbeitsintensivierung haben dazu geführt, daß im Jahre 1927 die ungefähre Produktionshöhe von 1913 erreicht wurde. Die Arbeiterklasse hat alle Opfer und Lasten dieser Rationalisierung zu tragen gehabt. Die Erhöhung der Arbeitsintensität durch Antreibermethoden, die Erhöhung der Arbeitsproduktivität infolge der technischen Vervollkommenung haben zu einer ständigen, gigantischen Massenarbeitslosigkeit geführt. Gleichzeitig wurden bei Durchbrechung, bzw. Abschaffung des Achtstundentages die Reallöhne tief unter dem Lebensniveau von 1913 gesenkt.

Die Produktionshöhe von 1913 wurde erreicht. Aber die Klassegegensätze haben sich außerordentlich verschärft, die Konzentration (Zusammenballung) des Kapitals war begleitet von einer Ausplünderung der Mittelschichten, vom langsamen Ruin der wirtschaftlich schwächeren kapitalistischen Elemente. Die Zahl der Konkurse ist seit zwei Jahren dauernd im Steigen. So verengerte sich die Basis der herrschenden Klasse.

Die Erreichung der Produktionshöhe von 1913 wirft mit aller Schärfe die Frage der Mächte auf, die Frage der Absatzmöglichkeit. Die Ausplünderung der besitzlosen Massen, des Proletariats und des Kleinbürgertums hat ihre Kaufkraft geschwächt, die Bedeutung des Inlandmarktes (der heute noch für das amerikanische Kapital von ausschlaggebender Bedeutung ist) herabgesetzt. Der Kampf um den Export wird daher zum Kernproblem des Kapitals.

Seit 1914 hat sich manches in der Welt geändert. Die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates auf einem Sechstel des Erdkreises hat dem Weltkapital wirtschaftlich und politisch eine unheilbare Wunde geschlagen. Die Halbkolonien China, Indien und Ägypten haben sich seither industriell entfaltet, sie kommen als Absatzgebiete seither in weit geringerem Maße als 1914 in Betracht. Der amerikanische und japanische Kapitalismus hat im und nach dem Weltkrieg einen gewaltigen Aufschwung genommen. In Ostasien, in Süd- und Mittelamerika vertreiben Amerikaner und Japaner die englischen Waren. In Kanada und Australien überflügelt amerikanischer Warenexport und Kapitalanlage die englische. In Europa selbst haben sich Frankreich und Italien zu hochindustriellen Ländern entwickelt, während in Mitteleuropa, am Balkan und in den baltischen Staaten eine junge Industrie durch Hochschutzzölle, Kriegsindustrie und staatliche Subvention gefördert wird.

Verengung der Basis der herrschenden Klasse, Millionenmassen Arbeitsloser, Technische Vervollkommung der Produktionsmittel, Verringerung der Absatzmöglichkeit, das sind grundlegende Widersprüche der kapitalistischen Stabilisierungspolitik, aus denen es für das Kapital keinen anderen Ausweg gibt, als in einem neuen Weltkrieg, durch Zerstörung von Produktionsmitteln, durch gewaltsame Eroberung von Märkten, durch Ausbeutung des besiegten Gegners in der Form von Kriegsschuldungen eine neue Atempause zu gewinnen.

Zwei imperialistische Mächtegruppierungen zeichnen immer deutlicher ihre Umrisse. Der englisch-italienische Block und der französisch-jugoslawisch-tschechische. Die Hauptgehehen nach zwei Richtungen: Italien von England anstrengung des schwächeren französischen Blocks

loszureißen, zu neutralisieren und Deutschland zu gewinnen. Inzwischen stößt England offensiv vor: Es kettet Italien fester an sich, gibt ihm freie Hand am Mittelmeer, gliedert Spanien dem Block an und kämpft in Polen und Rumänien, um diese beiden Staaten von der französischen Orientierung zu befreien.

Nur der Bestand des von Lenin kraftvoll gelenkten Sowjetstaates, die drohende, von Moskau geschirmte proletarische Revolution im eigenen Lande, hinderte die kapitalistischen Mächte daran, offener und schärfer ihre imperialistischen Gegensätze auszutragen.

Das ist der ungenehme, weitpolitische »Fehler« (um kein schärferes Wort zu gebrauchen) des »neuen Kurses« in Rußland, des Stalinismus; daß er glaubt, dadurch, daß er nach Genf geht, wodurch er objektiv die imperialistischen Rüstungen mit pazifistischen Phrasen verdecken hilft, daß er alle Provokationen des Imperialismus demütig hinnimmt, daß er schließlich auf die Volksrevolution in den Kolonien, auf die proletarische Revolution in Europa verzichtet — die Kriegsgefahr zu bannen.

Das Gegenteil ist der Fall! Diese Ohnmachts- und Kapitulationspolitik stärkt nur den Mut der imperialistischen Mächte, die frohlockend die innere Zersetzung und Spaltung des Kommunismus verzerrt!

Zweifelloos besteht die Gefahr, daß die beiden imperialistischen Mächte-Gruppierungen ihren Kampf um die Macht in Europa hinausschieben, um den, durch die Stalinsche Politik im Innern und nach außen geschwächten Sowjetstaat zu überfallen. Und ebenso zweifellos ist es, daß in diesem Fall niemand heißer, leidenschaftlicher und opferbereiter für den Sowjetstaat kämpfen wird, als der internationale Kommunismus-Leninismus, die internationale Opposition.

Aber es besteht auch die umgekehrte Gefahr, daß durch einen Krieg der beiden imperialistischen Mächte gegeneinander, der Sowjetstaat irgendwie hineingerissen wird. Das Abkommen mit Japan, dieses Abkommen, in dem es heißt, der Sowjetstaat werde der berechtigten (!) wirtschaftlichen Expansion Japans in der Mandschurei keinen Widerstand entgegenzusetzen, stellt ein krasses Abgleiten von der Leninschen Linie dar.

Wie immer sich die Dinge in der nächsten Zeit entwickeln werden, sicher ist, daß die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetzmäßigkeiten zu einem neuen Weltkrieg treiben. Sicher ist, daß die Sozialdemokratie, gerade jetzt, wo sie sich anschießt an der Regierung in Frankreich, Deutschland, England usw. teilzunehmen, mit breiten Nebelschwaden die drohende Kriegsgefahr verdecken wird. Unzweifelhaft ist, daß die von Stalin gelenkten Parteien auf das Ohnmachtsniveau des Zentrismus, der

ehemaligen deutschen Unabhängigen, herabgleiten. Alle schmutzigen Flüsse von offenem Imperialismus bis zum schwankenden Zentrismus vereinigen sich zu einem Strom. Da heißt es wieder, wie einst 1914: Gegen den Strom zu schwimmen. Der Imperialismus mobilisiert zum Krieg, der Reformismus macht die Mauer, der Zentrismus-Stalinismus liquidiert die revolutionären Parteien. Da heißt es: lernen aus den blutigen Erfahrungen des Spartakus von 1919. Die revolutionären Kommunisten müssen festgefügte, auf die Illegalität vorbereitete Aktionsgruppen schaffen, sie müssen sich international fest und brüderlich zusammenschließen, entschlossen, den Krieg, wenn er nicht durch die Revolution verhindert wird, überzuleiten in den Sturz des Kapitalismus, in den Bürgerkrieg!

Linksorientierung der Freidenker-Internationale.

Soll der Opportunismus der österreichischen Freidenkerführer fort dauern?

Auf dem Kölner Kongreß der Freidenker-Internationale wurde eine Resolution angenommen in der es unter anderem heißt:

»Der Kongreß verurteilt aufs schärfste die Unterstützung von imperialistischen Rüstungen (Paul Boncour), die Unterstützung nationalistischer Unterdrückungspolitik (Macdonald, französische Sozialisten) sowie gehässigen Kampf gegen die Sowjetunion und gegen jede Verbrüderung des Proletariats mit der Sowjetunion (Rußlandhetze, Bekämpfung der Rußlanddelegationen) durch sozialdemokratische Parteiführungen. In allen diesen Fragen darf es für das klassenbewußte Proletariat kein Schwanken geben.

Wir rufen alle Arbeitenden auf zum Kampfe gegen die Offensive der Bourgeoisie auf allen Gebieten,

gegen die Verdummung und Verhetzung der Massen durch Reaktion und Nationalchauvinismus, welche ihre Kampffähigkeit bedrohen,

gegen die Kriegsgefahr und die Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion,

gegen die Behrohung der chinesischen Revolution und die Unterdrückung der kolonialen Völker.

Für die Einheit der Gewerkschaften.

Für die Einheit im Kampfe für gemeinsame Forderungen.

Für die politische, wirtschaftliche und geistige Befreiung der arbeitenden Massen.

Für den Sieg der proletarischen Weltrevolution! Es ist bedauerlich, daß es auf diesem Kongreß noch nicht möglich war, den Unterschied zwischen

der proletarischen Leninschen Linie und der halbsozialdemokratisch, kleinbürgerlichen Politik Stalins auseinanderzusetzen; es wäre notwendig gewesen, die Gefährlichkeit der Stalin-Politik in der Abrüstungsfrage, die auf eine Unterstützung des mit Recht verurteilten Paul Boncour hinausläuft, zu enthüllen. — Nichtsdestoweniger bedeutet die angenommene Resolution eine scharfe Absage an die Adresse des offenen Reformismus.

Spotten ihrer selbst . . .

Die »Arbeiter-Zeitung« vom 16. Jänner schreibt über den »tragischen Fehler der Noskeschen Reichswehrpolitik«:

»In der verhängnisvollen Sucht, vor allem »Ordnung« zu machen, hatte diese Politik die Ordnung dem kaiserlichen Offizierskorps anvertraut, die Waffen der demokratischen Republik der monarchistischen Reaktion in die Hände gespielt: die deutsche Reichswehr machte Ordnung, hatte Disziplin — aber es waren Ordnung und Disziplin der Republikfeinde . . .

Ueber Deutschland, da wissen die austromarxistischen Führer Bescheid.

Und in Oesterreich? Wer hat »die Ordnung dem kaiserlichen Offizierskorps anvertraut?« Wer hat die Wehrmacht in den Händen der kaiserlichen Offiziere gelassen? Wer hat die Polizei, wer hat die Gendarmerie in den Händen der kaiserlichen Offiziere gelassen? . . .

Die Opposition wächst — darum wird sie nach Sibirien deportiert.

Die Deportation der russischen Opposition nach Sibirien hat begonnen! Die Führer der proletarischen Revolution, die Helden des roten Oktobers, werden verschickt; morgen werden sich vielleicht die Tore der Gefängnisse öffnen, um die schärfsten Vertreter des oppositionellen Standpunktes um Saprnow und Smirnow zu empfangen. Übermorgen werden ihnen Trotzky, Radek, Rakowsky, Beloborodow, Pjatakow und Muralow folgen. Und wenn nach einer beispiellos heuchlerischen Regie der Prozeß vor dem »Revolutionstribunal« gegen die »Konterrevolutionäre« Saprnow und Smirnow beginnt, werden die schwankenden Oppositionellen Sinowjew, Kamenev und Jewdokimow in den Kerker wandern. So werden — wenn sich die Entwicklung nach Stalinschem Konzept vollzieht — die einzelnen Gruppen der Opposition nacheinander verschickt, eingekerkert und letzten Endes an die Wand gestellt werden.

Der Zeitpunkt ihrer Vernichtung ist nur zu einem Teil abhängig von ihren Ansichten und ihrer Taktik. Die Bestimmung des Zeitpunktes der Vernichtung erfolgt nach innen- und außenpolitischen Bedürfnissen des Stalin-Regimes.

Die Deportation erfolgt gerade jetzt, weil Stalin der amerikanischen Bourgeoisie beweisen muß, daß sein Regime dem revolutionären, proletarischen Kurs Lenins und der leninistischen Garde entgegengesetzt ist.

Beweisen muß dies Stalin der amerikanischen Bourgeoisie, denn er braucht ihre Kredite, er braucht die außenpolitische Anlehnung an diesen gewaltigen Staat angesichts der Offensivpolitik Englands; da Stalin davon überzeugt ist, daß die proletarische Revolution in Europa noch Jahrzehnte ausbleiben wird, so wird er weltpolitisch gezwungen, seine Karte auf den anglo-amerikanischen Gegensatz zu setzen, so wie er im fernen Osten, nachdem seine Politik der chinesischen Revolution eine furchtbare Niederlage zugefügt hatte, das berücksichtigte Freundschaftsabkommen mit Japan schloß. (»Die Sowjetregierung wird der berechtigten (!) wirtschaftlichen Expansion (!) Japans in der Mandchurie keine Hindernisse in den Weg legen.«) d. h. seine Karte auf den anglo-japanischen Gegensatz setzte.

Die Kredite der amerikanischen Bourgeoisie aber sind für das Stalin-Regime umso notwendiger, je mehr es vor den Kulaken (Großbauern) kapituliert und damit auf die Erfassung der Kapitalien im eigenen Lande verzichtet.

Diese Innen- und Außenpolitik des Stalin-Regimes muß es zwangsläufig in einen immer größer werdenden Gegensatz zu den proletarischen und kleinbäuerlichen Massen setzen: Die Unzufriedenheit der Arbeitermassen gegen ein Fabriksregiment, das mehr und mehr verbürokratisiert, das die Initiative und Mitbestimmung der Arbeiterschaft immer enger ausschaltet, schwillt an. Die tatsächliche Annullierung der Kollektivverträge durch ein Zwangsschlichtungsverfahren, die Verschlechterung der Arbeitsgesetze, der schlechte Arbeiterschutz (97.6 Unfälle auf 1000 Arbeiter in Großbetrieben!), die stark steigende Arbeitslosigkeit bei unzureichender Arbeitslosenunterstützung, erbittert das industrielle Proletariat. Das Verhältnis der Massen zu den verbürokratisierten Gewerkschaftsleitungen, in denen nur 12 bis 13 Prozent im Betrieb beschäftigter Arbeiter sind, verschlechtert sich rapid. Den unzulänglichen Löhnen steht eine Steigerung der Lebenshaltung, insbesondere der Mieten gegenüber. Die Erhöhung der Arbeitsleistung in der rationalisierten Industrie ist nicht begleitet von einer Erhöhung der Löhne. Ebenso verschlechtert sich die Lage der Jugendlichen und der Arbeiterinnen.

Im Dorf ist die Lage der Landarbeiter geradezu unerträglich. Die Ausbeutung durch die Kulaken und reichen Mittelbauern wächst, die Löhne betragen nicht einmal 70 Prozent des Elendlohnes von 1913 und sind auch in den Sowjetwirtschaften kaum ökonomischer. Der Arbeitstag ist fast unbeschränkt und beträgt wenigstens 10 Stunden. In der Kleinbauernschaft vollzieht sich nur ein ganz langsamer Aufstieg einiger weniger in die Mittelbauernklasse, dagegen im großen Ausmaß der Zusammenbruch kleinbäuerlicher Wirtschaften. (In Sibirien 15.8 Prozent während eines Jahres!)

In den letzten Wochen häufen sich Nachrichten, die eine sprunghafte Steigerung der inneren Schwierigkeiten in Sowjetrußland signalisieren.

Die Aufbringung des Getreides im vorgesehene Ausmaß scheidet an der Sabotagepolitik der Kulaken. Die Forderung der Arbeiter nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen wird lauter. In einer derartigen Situation wird die Opposition, die diese Krise vorausagte und sowohl in der Innen- wie Außenpolitik die allerkonkretesten, praktischen Vorschläge im Interesse des Sowjetstaates und der Arbeiterklasse machte zum revolutionären Banner der Massen. Die Entwicklung des Klassenkampfes zwingt das schwankende Stalin-Regime vor die Entscheidung: Entweder das

Programm der Opposition durchzuführen, vor ihr zu kapitulieren und damit den Weg zu eröffnen für einen wirklichen Kampf zur Schaffung sozialistischer Fundamente der Gesamtwirtschaft, für die Beseitigung der bürokratischen Entartungen im Staatsapparat und für ein bewußtes Vorwärtstreiben der proletarischen Revolution in Europa, der nationalen, von der Arbeiterklassegeführten Revolution in den Kolonien — oder der Kurs zu richten gegen das Proletariat und seine unverständlichen Vorkämpfer, die Leninsche Opposition. Diese Politik müßte schließlich zu einer vollständigen Entartung des Arbeiter- und Bauernstaates führen, zu einer Anwendung der Mitteln der Diktatur im Dienste nichtproletarischer Klassen; die Deportation der russischen Opposition liegt auf diesem Weg der Entartung.

Der Kampf den die Opposition jetzt in Sowjetrußland führt, nicht allein in den Spitzen, sondern in den Tiefen der Massen, in den Betrieben und Gewerkschaften, im Dorf und Sowjet, das ist der Kampf um die Erhaltung der proletarischen Diktatur.

Der Druck der inländischen kapitalistischen und bürgerlichen Elemente, der Großbauern, Nepbourgeois und Sowjetbürokraten wächst. Die ausländische Bourgeoisie drängt. Das Stalin-Regime wird mehr und mehr zu einem Organ, das diesen Druck fort-pflanzt, ihm nachgibt, letzten Endes — den Weg ebnet.

Aber es wachsen auch die Kräfte des Widerstandes. Die Unzufriedenheit der Massen. Die knirschende Wut der vergewaltigten, bolschewistischen Partei-massen. Es wächst im Ausland der Widerstand der Massen gegen die Stabilisierungspolitik ihrer Bourgeoisie. Es stärken sich die Leninschen Oppositionen in allen Sektionen der Komintern, es verbessert sich die Aussicht, daß der unausbleibliche Zusammenprall zwischen Kapital und Arbeit nicht führerlos vor sich gehen wird.

Eine große Gefahr, die wir nicht unterschätzen dürfen, besteht gegenwärtig darin, daß die internationale Sozialdemokratie, die sich anschickt, die Laikaenflinsten der Bourgeoisie wieder einmal in großer Auflage zu erfüllen, den Kampf ihres starken Gottes Stalins gegen die Opposition ausnützt, um die Arbeiterklasse für die »gute, bürgerliche Demokratie« zu gewinnen. Heuchlerisch sagen sie den durch das Schauspiel im Sowjetstaat aufgewühlten Massen: »Das liegt eben im Wesen der Diktatur. Heute werden Menschewiki deportiert, morgen die Linken Trotzky und Genossen. Darum — es lebe die bürgerliche Demokratie, nieder mit jeder Deportierung.«

Selbst Kommunisten wie die holländische Genossin Roland-Holst nähern sich manchmal diesem kleinbürgerlich-antirevolutionären Standpunkt.

Die Diktatur ist ein Schwert. In der Hand der Bourgeoisie schlägt es die Arbeiterklasse. In der Hand der Arbeiterklasse schlägt es die Bourgeoisie. Bis 1917 schlug es in Rußland die Arbeiterklasse. Von 1917 bis 1924 schlug das Schwert der proletarischen Diktatur mit der Faust Lenins und Trotzky die russische und internationale Bourgeoisie. — In welchen Händen aber liegt jetzt das Schwert? Noch vollständig in den Händen des Proletariats? Und da werden die Vorkämpfer des Proletariats deportiert? Das Schwert der proletarischen Diktatur liegt gegenwärtig in den Händen der kleinbürgerlichen Elemente der Stalin-Fraktion. Sie schwingt es »demokratisch« nach links und nach rechts; und seit der Niederlage der chinesischen Revolution schwingt sie das Schwert nur gegen »links«

Wir sind dafür, heute, wie vor zehn Jahren, daß das Schwert der proletarischen Diktatur die Feinde der Revolution zerschmettert. Angefangen von den Kornilows bis zu den konterrevolutionären Agenten Englands in Georgien, den Menschewiken. Aber wir werden uns wehren bis zum Äußersten dagegen, daß die Kleinbürger und Totengräber der Revolution, die herrschende Stalinfraktion, die Wortführer des Proletariats, die alte Garde Lenins, vernichtet.

Wir sind für Sibirien — für alle Feinde der Weltrevolution, der proletarischen Diktatur in Sowjetrußland.

Wir sind aber für den Kreml, für das Schwert der Diktatur in der Hand derjenigen, die in tausenden Kämpfen ebenso wie heute bewiesen haben, daß sie nichts anderes sind als die treuesten, fähigsten und besten Vertreter des Weltproletariats, die Trotzky Pjatakow, Radek, Rakowsky, Smilga, Smirnow, Saprnow usw.

Wir sind nicht gegen Sibirien — wir sind aber dagegen, daß die Revolutionäre, die Organisatoren der Weltrevolution nach Sibirien geschickt werden; Sibirien ist gut

— für die Menschewiki, die Feinde der Revolution. Sibirien ist auch gut für manche, die heute an der Macht sind und die unter Lenin nicht im Kreml, sondern im Tschita sitzen würden, für die Totengräber der chinesischen Revolution, die Liquidatoren des Kommunismus, die Okartynows, Rales usw., die im Oktober noch auf der Seite der Konterrevolution standen und heute den Bolschewismus von innen zersetzen.

Genosse Weichberger

Der Tod hat einen der Besten aus unserer Mitte entrisen. Genosse Weichberger, Mitglied des Parteivorstandes, Vorsitzender der Bezirksorganisation Ottakring, ist Mittwoch gestorben.

Mit ihm verliert die kommunistische Bewegung einen ihrer treuesten und ächtesten Funktionäre, einen Begründer der österreichischen Kommunistischen Partei. Im Kampf zwischen Parteizentrale und Opposition stand er seit 1926 in den vordersten Reihen der Opposition.

Die letzten Vorgänge in Rabiand haben ihn aufs Tiefste erschüttert. Wenige Tage vor seinem Tode richtete er einen Brief an den Parteivorstand, in dem er schreibt: Genossen, ich bin krank und alt. Ich kann nicht mehr weiter. Mit wieviel Sehnsucht und Hoffnung haben wir auf Sowjetrußland geblickt. Und nun zerschlagen diese Elenden die Partei und schließen Trotzky aus.

Genossen, ich werde, wenn ich gesund werde mit Euch zusammen arbeiten soweit es meine schwachen Kräfte zulassen. Haltet aus, mutig und treu, der Sieg ist ungewiß!«

Nun hat ihn der Tod uns entrisen!

Der Parteivorstand.

Die Einäscherung findet Freitag um halb 4 Uhr im Krematorium statt. Alle Parteigenossen werden ersucht um 3 Uhr zu erscheinen.

Warum wir die Erzählung „Trotzky: Meine Flucht aus Sibirien 1907“ nicht bringen können.

Der Verlag der Komm. Jugendinternationale hat beim bürgerlichen Gericht mit der frechen Behauptung, die erwähnte Erzählung sei in ihrem Verlag erschienen, die Beschlagnahme der Nr. 19, 20, 21, 22 und 23 der »Arbeiterstimme« und das Verbot des weiteren Abdruckes der Erzählung von Trotzky erwirkt. Diese, von Haß gegen Genossen Trotzky und die internationale Opposition besinnungslos gewordenen, in der Arbeiterbewegung fremden, Elemente vom Verlag der Komm. Jugendinternationale, wissen nämlich nicht, daß die Erzählung, die wir abdrucken, bereits vor 18 Jahren in deutscher Sprache erschienen. Aus diesem Buch haben wir abgedruckt und nicht aus der angeblichen Uebersetzung eines Hans Ruoff, die wir gar nicht kennen. Wir müssen aber, bis wir vor dem Gericht den Beweis dafür angetreten haben, die Veröffentlichung der Erzählung unterlassen. Soviel über die rechtliche Seite dieser Sache. Politisch aber wird jeder Arbeiter wissen, was er von solchen »Kommunisten« zu halten hat, die zum bürgerlichen Gericht laufen, um oppositionelle Kommunisten zu verhindern, eine Schrift des Führers der internationalen Opposition, Trotzky's, abzu drucken. Mit solchen Erpressertricks werden die Herren uns gegenüber nichts ausrichten. Sie werden in diesem Prozeß nur das Geld verlieren, das einzige, was sie noch besitzen, nachdem sie politisch und moralisch längst schon Bankrott gemacht haben.

Die kitzlichste Frage.

Hatte die Sozialdemokratie 1918—20 die Möglichkeit und Macht den von der Monarchie überkommenen Staatsapparat (zum Beispiel die Polizei) klassenmäßig nach dem Interesse der Arbeiterschaft umzukrempeln? Ja!

Hat sie von dieser Möglichkeit und Macht Gebrauch gemacht? Nein! Sie ließ den kapitalistischen Staatsapparat in der Hauptsache so wie sie ihn von der Monarchie übernommen, namentlich in seinem entscheidenden Teil, dem Kommandoapparat.

Warum hat die Sozialdemokratie das getan?

Der Antwort auf diese Frage weichen die sozialdemokratischen Führer seit neun Jahren weit im Bogen aus.

Im Dezemberheft des »Kampf« setzt sich Bauer mit Renner auseinander. Bekanntlich besteht der ganze Unterschied der beiden darin, daß Renner die Koalition gleich will, während Bauer sie erst zu einem Zeitpunkt möchte, wo es den Arbeiter schwerer ist, das Koalitionsspiel zu durchschauen. Zwischendurch plaudert nun Bauer über die kitzliche Frage durch die Blume:

»In der Revolutionsperiode (1918—20) mußte das marxistische Zentrum (Bauer, Adler) die Arbeitermassen vor allem vor der Gefahr von links zu schützen suchen.«

Bauer spricht die Wahrheit. Das »marxistische Zentrum« sah in den Revolutionsjahren seine Hauptaufgabe darin, die proletarische Revolution zu verhindern. Und diese Hauptaufgabe hat das »marxistische« Zentrum in der Tat gelöst: die Verhinderung der proletarischen Revolution ist ihm in der Tat gelungen.

Aber um welchen Preis?

Um die proletarische Revolution zu verhindern, mußten die Bauer, Adler, den kapitalistischen Staatsapparat in der Hauptsache unverändert lassen. Vor die Wahl gestellt: proletarische Revolution oder kapitalistischer Staatsapparat — haben sie ohne zu schwanken sich für den kapitalistischen Staatsapparat erklärt. Dafür, daß die wirkliche Macht im Staate klassenmäßig den Kapitalisten bleibe . . .

Die Antwort auf die kitzlichste Frage gibt Ant-

wort auf die Frage nach der Ursache der Niederlage vom 15. Juli.

Aber sie gibt mehr. Sie enthält aufs schärfste den kleinbürgerlichen, antiproletarischen Klassencharakter der sozialdemokratischen Politik. Denn so hat das Kleinbürgertum, so haben in allen Revolutionen die Kleinbürgerlichen Führer gehandelt.

Ebendarum fürchten die Bauer und Adler die Aufrollung der kitzlichsten Frage wie der Teufel das Weihwasser.

Löhne und Kollektivverträge in der Metallindustrie.

Am 6. und 7. d. M. fand eine erweiterte Sitzung des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes statt, die sich mit der Lage der Metallarbeiter und den Unternehmervorstößen beschäftigte. Nach den bisher sehr spärlichen Veröffentlichungen sollen an die Unternehmer eine Reihe von Forderungen gerichtet werden, die sich auf wirtschaftliche- und sozialpolitische Fragen und auf die Lohnfrage beziehen. Wie aus der Rede Huebers auf dem Verbandstag und aus dem kürzlich von Huppert veröffentlichten Artikel hervorgeht, haften mit der Unternehmerorganisation schon eine Reihe von Verhandlungen über Wirtschaftsragen stattgefunden. Alle diese Verhandlungen wurden hinter verschlossenen Türen, hinter dem Rücken der Mitgliedschaft geführt. Nach den Meldungen, die in den letzten Wochen aus England und Holland einlaufen, nach der Praxis und Theorie der deutschen Gewerkschaftsbürokraten zu schließen, handelt es sich auch in Oesterreich um das Problem des »Wirtschaftsfrieden« und »Arbeitsgemeinschaft«.

In England hat der Großindustrielle Mond den Generalrat eingeladen um ein friedliches »Nebeneinander« zu erzielen; dasselbe hat die holländische Unternehmerorganisation getan. Die englischen, sowie holländischen Reformisten haben die Einladungen angenommen. Der Klassenkampf soll nach dem Rezept der Verräter im englischen Generalstreik, nach der Praxis der deutschen Zwölfstundentagsgewerkschafter aus der Welt geschafft werden. »Wiederaufbau«, Rationalisierung, Fließband, 10 und 12-Stundentag bei Hungerlöhnen, das soll den Proleten vorgesetzt werden. »Weg mit Streiks« und »Klassenhaß« verkünden Kapitalisten und Reformisten einmütig.

Arbeiter, seid auf der Hut! Die radikalen Töne die jetzt vom Verbandsvorstand angeschlagen werden, sind nicht ernst zu nehmen, sie lassen darauf schließen, daß der von Renner am S.P.-Parteitag eingeleitete offene Koalitionskurs von dem Gewerkschaftsführern treu befolgt wurde. Sie hoffen, die Unternehmer werden »mit sich reden« lassen, werden sich um des »sozialen Friedens« willen, in ihren dunklen Absichten »mäßigen«.

Nichts von alledem! Nach wie vor rüsten die Herren von der Industrie ihre Fonds zur Ausrüstung der Polizei mit Panzerauto und Giftgas, zur Rüstung der Heimwehren und Frontkämpfer; ihr Heimwehrterror in Steiermark, wo nur Heimwehrtier eingestellt werden, die Hungerlöhne, die sie bezahlen, ihr provokatorisches Verhalten den Gewerkschaftsorganisationen gegenüber, ihre Weigerung, mit den

Metallarbeitern von Graz und den Industrieangestellten in Wien und anderen Vertragsdistrikten Kollektivverträge abzuschließen, all das widerlegt die gültigen Illusionen vom »sozialen Frieden« und zeigt die wahren Absichten der Unternehmer.

1924 ersetzte der Verbandsvorstand den Rahmenvertrag, der die gesamte Metallindustrie umfaßte durch Betriebs- und Gruppenverträge und zersplitterte so die Aktionskraft der Wiener Metallarbeiter. Jahrelang kämpften die Metallarbeiter um den Industrierauhenvertrag. Vor dem Krieg war das die Lösung, die als Ideal jedes Gewerkschafters galt. Der Umsturz brachte ihre Verwirklichung.

Warum gab der Verbandsvorstand diese große Errungenschaft freiwillig preis?

Warum kämpft der Verbandsvorstand jetzt, wo durch die bittere Erfahrung der Nachteil der Betriebs- und Gruppenverträge Jedem klar ist, nicht für den Industrierauhenvertrag? Der Bankrott der Gruppen- und Betriebsverträge wird von der Verbandsleitung schon durch die Tatsache zugegeben, daß sie jetzt im Wiener- und Reichsmaßstabe mit der Industrie über sozialpolitisch-rechtliche und lohnpolitische Fragen zu verhandeln gezwungen ist, um den Uebergreifen der Unternehmer, der falschen Auslegung der sozialpolitischen Gesetze Widerstand leisten zu können.

Daß die Verbandsleitung, trotz des offenkundigen Bankrotts der Gruppenverträge nicht zum Industrierauhenvertrag zurückkehren will, hat seinen Grund in der reformistischen, den kapitalistischen »Wiederaufbau« fördernden Gewerkschaftsstrategie. Nur ja keine, die Arbeiterrevolutionierenden Massenstreiks, bei denen man nicht wissen kann, welches Ende sie nehmen, bei denen ein Abbremsen sehr schwer ist. Am Ende kann ein solcher Massenstreik siegreich enden, dann besteht die große Gefahr, daß das 10-jährige Bemühen um den »Wiederaufbau« (lies: die Reaktion in den Sattel heben) umsonst gewesen ist, daß die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft gefährdet werden könne.

Die Metallarbeiter, auf deren Kosten, mit deren Muskel und Nervenkraft die Unternehmer trotz

der Krise Riesenprofite erzielen, denken anders als die Bürokraten vom Vorstand, sie wollen kämpfen.

Ein großer Teil der Metallarbeiter hat erkannt, daß die Beseitigung der Hungerlöhne nur durch den gemeinsamen Kampf aller Metallarbeiter durchgesetzt werden kann. Schluß mit der Geheimdiplomatie des Verbandsvorstandes. Heraus mit den Forderungen: Industrierauhenvertrag, Angleichung der Löhne an die Lohnsätze der Elektrizitätsarbeiter, 100 Prozent Ueberstundenzuschlag, Bezahlung der Feiertage, Schluß mit der Unternehmerwillkür! Kampf für großzügige Investitionsarbeiten auf Kosten der Besitzenden, zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Gemeinsamer Kampf der gesamten Metallarbeiter für die gemeinsamen Interessen wird den Erfolg sicherstellen. Weg von der Koalitionspolitik, Schluß mit der Arbeitsgemeinschaft, zurück zum unverfälschten Klassenkampf.

Mitteilungen des ROTEN FRONTKÄMPFERBUNDES (in Gründung)

Auskünfte: Täglich (mit Ausnahme Dienstag) in der Zeit von 7 bis 10 Uhr abends, werden im Extrazimmer des Gasthauses Fanowitsch, Wien, XVI., Koppstraße 47, Telephon 30-6-18 erteilt, sowie Neubeitritte entgegengenommen.

Genossen, Sympathisierende! Abonniert das einzige leninistische Tagesorgan, das Blatt der Linkskommunisten Deutschland!

„Volkswille“

Suhl in Thüringen, Kleine Kelberstr. 24

Musikfreunde!

Genossen, (gleich welcher Richtung, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten) welche Lust und Liebe zur Gründung eines Streichmusikvereines haben, mögen sich (unter Angabe des Instrumentes, das sie spielen) bei Gen. Otto Gabler, XVIII. Schulg. 43a schriftlich anmelden. Einige musikalische Vorkenntnisse zur Anmeldung erforderlich!

Gruppenanzeiger

Margareten: Gasthaus Papier, Kohlgrasse 4, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Meidling: Gasthaus Kirchner, Rosaliengasse 11, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Ottakring: Gasthaus Fanowitsch, Koppstraße 47, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Hernals — Währing: Gasthaus Weckele, Hormayrgasse 48 jeden Dienstag halb 8 Uhr abends.

Brigittenau: Gasthaus Novak, Allerheiligenplatz 17, jeden Mittwoch halb 8 Uhr abends.

Floridsdorf — Stadlau: Gasthaus Mayerhofer, Bahntestgasse 2, jeden Freitag halb 8 Uhr abends.

Eigentümer: Kommunistische Partei Österreichs (Opposition) Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII., Schönbrunnerstraße 286 Verantwortlicher Redakteur: Kurt Landau, XVIII., Vincenzgasse 24. Druck: Buch- u. Kunstdruckerei „Donau“, Wien, III., Custozzagasse 8

Die Hausklavin.

Ort: Arbeitsnachweis, Fachabteilung für Hauspersonal.

Ich suche Stellung. Der Betrieb hat noch nicht eingesetzt und ich muß warten. Die Zeit wurde mir nicht lang. Vorläufig war ich noch allein und hatte Muße, ein an der Wand hängendes Werbeplakat des Hausangestelltenverbandes zu betrachten, im herrlichen Garten ein schloßartiges Gebäude und im geschäftigem Hin und Her zwei dienstbare Geister.

Bald sollte auch ich eingereiht werden in das Heer der Hausgehilfinnen, vielleicht auch in einer solchen Villa arbeiten, wie auf dem Plakat und ich würde teilhaben an ihrer Herrlichkeit und teilhaben an den Lebensgewohnheiten der Reichen und Vornehmen.

Nach und nach füllt sich der Warteraum mit Stellungsuchenden. Zuerst kamen einige Mütter mit 14 bis 16 jährigen Töchtern, begleitet von kleineren Kindern, die nicht allein zu Hause bleiben konnten. Die Mütter, müde und stumpf, opferten wortlos ihre Kinder dem Moloch Kapital. Für sie barg das prunkende Plakat keine Hoffnung, dagegen hingen die Augen der jungen Mädchen wie gebannt auf dem Bilde. Endlich sollten sie aus der Enge der Proletarierwohnung hinaus ins Leben.

Die Zeit ging weiter, es kamen noch andere Suchende, solche mit »ordnungsgemäßen« Papieren, Arbeiterinnen nur mit Invalidenkarte, eine alte Frau, die mit ihrer Sozialrente nicht verhungern wollte und zwei oder drei reifere Mädchen mit einem verschlossenen Brief — Aufschrift »Pflegeamt« — in der Hand.

Ich setzte mich zu einer von diesen, von Amts wegen betreuten ehemaligen Prostituierten, die mit Hilfe des Arbeitsnachweises wieder ins bürgerliche Leben zurückgeführt werden sollten. Es sind frühere Hausangestellte, die freimütig erzählen, wie ihnen vor Jahren die bürgerliche Ehre genommen wurde. Das Los vieler, aus der Provinz in die Großstadt übersiedelter Hausangestellter, ohne Anhang und ohne Lebenserfahrung wurden, sie leicht ein Opfer der kapitalistischen Großstadt.

Inzwischen sind auch schon einige Hausfrauen erschienen, Adressen und Wünsche werden notiert und die Beamtin ruft die einzelnen Stellen auf. Noch meldet sich niemand, man wartet — die einen geduldig, die anderen nervös, zum Teil gereizt. »Na, Fräulein, kann ich denn nicht mal mit einem Mädchen sprechen, es sind doch so viele da?«

Der Aufruf erfolgt nochmals — Erfolg negativ. Also: »Bitte, warten sie noch etwas.«

Es kommen noch andere Hausfrauen, Frage und Antwort erfolgt. Die Hausfrau: »Bei mir hat's das Mädchen sehr gut, es ist ein sehr leichter Haushalt, Lohn . . . na, das werden wir ja sehen. Ich habe mein Mädchen schon sehr lange und bin jetzt nicht recht im Bilde.«

Dem Fräulein schien die Dame nicht ganz unbekannt. Mit einem Blick auf die inzwischen gesuchte Karteikarte erwidert sie der Hausfrau: »Als Sie im September mieteten (jetzt haben wir Dezember) zahlten Sie 30 Mark, darf der gleiche Satz jetzt wieder notiert werden?«

Bei einer anderen Hausfrau hatte das Mädchen »gar nichts« zu tun. Als sich ein junges, zartes Ding meldete, sagte die Dame entrüstet: »Die kann ich nicht brauchen, ich muß ein kräftiges Mädchen haben.« (Zum Nichtstun?!)

Einige Abschlüsse gehen glatt von statten. In einigen Geschäftshaushaltungen kommen auch Mädchen ohne Zeugnisse unter. Noch ist keines der jugendlichen Mädchen vermittelt. — Gott sei Dank, möchte man sagen, wenn man nicht die enttäuschten Gesichter der Mütter vor sich hätte.

»Fräulein, haben Sie nichts für meine Tochter, sie kann tüchtig arbeiten, sie hatte schon seit ihrem 12. Jahre eine Aufwartung. Ich kann sie nicht länger im Hause behalten, mein Mann ist arbeitslos und wir haben noch drei Kinder.«

Die Beamtin streicht dem kleinen rachitischen Mädel über den Scheitel und sucht schweigend in den vornotierten Stellen, Endlich wird eine Stelle für eine

Anfängerin gemeldet. Vier — fünf Paar Mutteraugen blicken gespannt auf die wählende Hausfrau. Diese entscheidet sich für eine besonders kräftige 15 jährige Anfängerin. Beim Abschluß die Beamtin: »Also drei Zimmer, vier erwachsene Personen und 20 Mark Gehalt (zur Mutter): Vielleicht sehen Sie sich den Haushalt erst einmal an.« Darauf die Hausfrau gedehnt: »Bitte sehr! Ich wollte übrigens noch sabgen; das zwar fünf Zimmer vorhanden sind, aber nur drei täglich zu reinigen sind.«

Eine Hausangestellte verlangt mindestens einmal wöchentlich baden zu dürfen. Eine Hausfrau darauf: »Das kann sie bei mir, mein Sohn badet auch jede Woche, da kann sie immer hinterher baden.« Allgemeines Gelächter. Die »Dame« verläßt entrüstet den Nachweis.

Zwei Verhandeln kommen nach kurzer Aussprache ins Büro zurück. Die Hausangestellte legt gleichmütig ihre Papiere auf den Schreibtisch zurück und die Hausfrau sieht sich nach einem anderen Opfer um. »Das Mädchen ist mir nämlich zu groß.« Auf den erstaunten Blick der Beamtin auf das sehr gut entwickelte Mädchen, bemerkt die Dame weiter: »Der Hängeboden ist nämlich sehr niedrig.« — »Aber es ist doch gar nicht zulässig, jemanden auf einem so niedrigen Hängeboden schlafen zu lassen,« entgegnet die Beamtin. »Ja, was soll ich machen, es ist doch kein anderes Mädchenzimmer da.« »Aber Sie haben für zwei Personen eine 6-Zimmerwohnung, da wird doch für Ihre Hausangestellte ein anderes Stübchen da sein.« Die Hausfrau zum Schluß entrüstet: »Fräulein, die Belehrungen gehören doch wohl nicht zu Ihren Funktionen. Das müssen Sie schon mir überlassen, wie und wo ich mein Mädchen unterbringe.«

Entrüstet springe ich auf, ich habe genug für heute. Noch im Hinabgehen schwöre ich's euch Sklavenhaltern zu: »Wir werden euch bald die Knute aus der Hand nehmen.«

(Aus unserem Brüderorgan »Der Volkswille«)